



**European Committee  
of the Regions**

**JAHRESEMPFANG VON CARITAS UND DIAKONIE ZUR NEUEN**

**LEGISLATURPERIODE**

**REDE DES PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN AUSSCHUSSES DER REGIONEN**

**4. SEPTEMBER 2019**

**ES GILT DAS GESPROCHENE WORT.**

[Einleitung, Dank für die Einladung]

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihre Einladung, heute als Repräsentant des Europäischen Ausschusses der Regionen, der die 100.000 Kommunen und 274 Regionen Europas in Brüssel vertritt, das Impulsreferat zum Thema "Soziales Europa" zu halten möchte ich Ihnen zunächst herzlich danken.

Ich habe mich sehr darüber gefreut, auch weil ich vor genau einem Jahr, nämlich bei der Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, bereits die Gelegenheit hatte, mit Einigen von Ihnen über das Thema zu diskutieren und wir diese Unterhaltung so heute weiterführen können.

[Das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher und sozialer Säule in der EU]

Ich glaube, uns allen hier ist bewusst, dass die Europäische Union ohne eine starke soziale Säule nicht bestehen kann.

Der scheidende Kommissionspräsident, Jean-Claude Juncker, damals noch luxemburgischer Ministerpräsident, hat dies 2006 bei der Verleihung des Karlspreises in Aachen bereits gesagt: „Wenn wir es nicht schaffen, in den nächsten zehn Jahren aus dieser höchst erfolgreichen wirtschaftspolitischen Konstruktion Europa auch eine sozialpolitisch erfolgreiche Europäische Union zu machen, dann wird Europa scheitern.“

Wir sind jetzt im Jahr 2019. Früher undenkbar, erscheint ein Scheitern der EU angesichts des Brexits und rechtspopulistischer Regierungen plötzlich am Horizont des Möglichen.

Eine sozialpolitisch erfolgreiche Union haben wir nicht.

Im Gegenteil, noch immer ist fast ein Viertel der Bevölkerung der EU von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.

Trotz verschiedener positiver wirtschaftlicher Signale ist die Arbeitslosigkeit in einigen Regionen Europas nach wie vor unerträglich hoch, vor allem für viele Jugendliche.



**European Committee  
of the Regions**

Auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse, ob Teilzeit, befristet oder Null-Stunden-Verträge, nehmen zu. Angesichts dieser wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und der noch weit darüberhinausgehenden Abstiegsängste haben Einige den Glauben an eine bessere Zukunft verloren und wenden sich ab von Europa, das für die befürchtete Verschlechterung der Lebensverhältnisse verantwortlich gemacht wird.

Auch wenn Europa nicht perfekt ist, bin ich doch der festen Überzeugung, dass es der einzig wünschenswerte Weg ist, sich den großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen.

Allerdings nur unter ein paar Bedingungen.

So müssen die Städte und Regionen als vollwertige Akteure auf europäischer Ebene anerkannt werden.

Und Europa muss sich auf seine Gründungsverträge besinnen.

Denn dort ist das Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts festgeschrieben.

Die sozialen Rechte müssen auf einer Stufe mit den wirtschaftlichen Freiheiten stehen.

Die derzeitige Vorrangstellung der Wettbewerbspolitik und des Binnenmarkts bewirkt aber eher das Gegenteil und hat für die Daseinsvorsorge und sozialen Grundrechte verhängnisvolle Auswirkungen.

In den europäischen Verträgen steht, dass "die Union darauf hin wirkt, Ungleichheiten zu beseitigen".

Wir brauchen einen Haushalt, der dies möglich macht.

Dafür setzt sich der Ausschuss der Regionen in den Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen ein, worauf ich später noch näher eingehen werde.

[Ausblick auf die Institutionen in der neuen Legislaturperiode]

Was hat sich bisher auf europäischer Ebene getan?

Im November 2017 wurde die Europäische Säule sozialer Rechte angenommen.

Auch wenn es sich zunächst einmal nur um eine Erklärung ohne verpflichtende Mittel, Ziele oder Indikatoren handelt, halte ich sie dennoch für einen Meilenstein, auf den wir uns jetzt gegenüber der neuen Kommission berufen und auf dessen Umsetzung wir bestehen sollten.

Ursula von der Leyen schreibt in ihren politischen Leitlinien: "Es ist höchste Zeit, dass wir in der Wirtschaft von heute das Soziale mit dem Markt in Einklang bringen."



**European Committee  
of the Regions**

Ich hätte es herumdreht und gesagt, wir müssen den Markt mit dem Sozialen in Einklang bringen!

Aber vielleicht sind das Wortklaubereien.

Was zählt, sind Taten.

Und Ursula von der Leyen hat versichert, dass sie einen Aktionsplan für die vollständige Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte vorschlagen wird.

Wir erwarten in diesem Zusammenhang natürlich neue gesetzliche Vorschläge.

Die neue Kommission, der Rat und das Parlament müssen in ihrem mehrjährigen Programm, welches zurzeit zwischen den drei Institutionen zum ersten Mal verhandelt wird, beweisen, dass Sie es ernst meinen mit dem sozialen Europa.

Wir sind gespannt und hoffen, dass mehr als Absichtserklärungen verabschiedet werden.

[Die nächsten Schritte]

Weiterhin dürfen wir nicht vergessen, dass die Verhandlungen über den neuen mehrjährigen Finanzrahmen alles andere als abgeschlossen sind.

Im Gegenteil, die wichtigste Phase beginnt jetzt, wenn die neu besetzten Institutionen ihre Arbeit aufnehmen. Dabei dürfen wir uns nicht auf die Brüsseler Blase beschränken, sondern müssen auch Druck auf die nationalen Regierungen ausüben, zumal Deutschland in einem Jahr die EU-Ratspräsidentschaft innehaben wird.

In der strategischen Agenda des Rates steht: "Die EU muss sich die Mittel geben, um ihren Ambitionen gerecht zu werden, ihre Ziele zu erreichen und ihre Politiken durchzusetzen."

Daran sollten wir stetig erinnern.

Die Kohäsionspolitik ist, als wichtigstes Investitionsinstrument der Europäischen Union, ein solches Mittel und für ein soziales Europa unabdingbar.

Sie zeigt ihre Wirkung vor Ort und fördert Investitionen, die die Europäer brauchen. Für die gemeinnützigen Träger ist sicherlich der Europäische Sozialfonds besonders wichtig.

Der ESF hat in der noch laufenden Programmierungsperiode bereits 7,4 Millionen Menschen geholfen, Arbeit zu finden, und 8,9 Millionen Menschen haben sich neue Kompetenzen angeeignet.

Des Weiteren wird der ESF in den kommenden Jahren eine wachsende Rolle bei der Umsetzung der Säule der sozialen Rechte spielen.



**European Committee  
of the Regions**

Daher sind die bisher von der Kommission angekündigten Kürzungen von 6% im ESF für uns inakzeptabel und ich liege bestimmt nicht falsch, wenn ich davon ausgehe, dass Sie genauso denken.

Außerdem sind die Investitionen in soziale Infrastruktur seit 2009 um 20% gesunken und die Investitionslücke wird auf 150 Milliarden Euro pro Jahr für die nächsten 10 Jahre geschätzt.

Wie sollen wir ein soziales Europa verwirklichen, wenn die Hauptinvestitionspolitik der EU gekürzt wird?

Wir können nicht mehr mit weniger Mitteln erreichen, dies entbehrt schlicht jeder Logik.

Eine echte Vision für Europa muss mit angemessenen Finanzmitteln einhergehen.

Zur Sicherung der Kohäsionspolitik hat der Ausschuss der Regionen daher in Zusammenarbeit mit europäischen regionalen Verbänden die sogenannte #CohesionAlliance ins Leben gerufen. Über diesen Zusammenschluss müssen wir weiterhin auf die laufenden Verhandlungen einwirken.

Und auch unsere Regeln für Haushalt und Buchhaltung sollten dazu beitragen, öffentliche Investitionskapazitäten auf allen Ebenen freizusetzen.

So setzt sich der Ausschuss der Regionen dafür ein, öffentliche Investitionsausgaben und die nationale Ko-finanzierung der Strukturfonds aus den Defizitberechnungen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts auszuschließen.

In den letzten Wochen haben wir erfahren, dass die Kommission ebenfalls über flexiblere Haushaltsregeln nachdenkt.

Wir müssen abwarten, wie weit die Kommission bereit ist zu gehen, aber es wäre eine erfreuliche Nachricht, wenn Investitionen in Humankapital und soziale Infrastruktur nicht mehr der schwarzen Null zum Opfer fallen.

[Vorschlag des AdR: das Regionale Sozialpolitische Scoreboard]

Als Präsident des Ausschusses der Regionen möchte ich noch etwas speziell zur Bedeutung der lokalen Ebene sagen.

Die Umsetzung der überwältigenden Mehrheit der europäischen Rechtsvorschriften erfolgt auf dieser Ebene.

Außerdem liegt die Sozialpolitik häufig in der Verantwortung von Gebietskörperschaften, und eines ist sicher, die soziale Säule wird sich nicht ohne Beteiligung der lokalen und regionalen Ebene sowie der Sozialpartner umsetzen lassen.



**European Committee  
of the Regions**

Der Bottom-up Ansatz ist gerade in der Sozialpolitik wichtig, damit Ressourcen dort zugewiesen werden können, wo sie am meisten benötigt werden.

Das Europäische Semester jedoch, das die Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten koordinieren soll, findet in einem Top-down Prozess statt.

Außerdem hatten soziale Investitionen im Europäischen Semester bisher keine Priorität. 2017 erwähnten die länderspezifischen Empfehlungen von nur drei Mitgliedstaaten soziale Investitionen.

Und selbst wenn Empfehlungen in diesem Bereich gemacht werden, sind sie auf Wirtschaftlichkeit fokussiert.

2018 wurde dann das sogenannte Sozialpolitische Scoreboard eingeführt.

Es soll im Rahmen des Europäischen Semesters regelmäßig die Fortschritte bei der Umsetzung der Säule der Sozialen Rechte überwachen und seine Indikatoren beziehen sich auf die Grundsätze der Säule. So soll die soziale Dimension im Europäischen Semester gestärkt werden.

Die makroökonomischen Analysen des Scoreboard sagen allerdings nichts über regionale Ungleichheiten innerhalb von Mitgliedstaaten aus.

Die Region Brüssel ist dafür ein gutes Beispiel.

Am BIP gemessen war diese Region 2015 die viert-reichste Europas, die Arbeitslosigkeit lag aber gleichzeitig mit 17,3% extrem hoch.

Der Ausschuss der Regionen hat daher einen Vorschlag für ein Regionales Sozialpolitisches Scoreboard entwickelt.

Dieses soll das existierende Scoreboard mit regionalen Indikatoren vervollständigen.

Ausgehend von der Feststellung, dass nationale Durchschnittswerte die regionalen Unterschiede nicht widerspiegeln und sogar irreführend sein können, haben wir in Zusammenarbeit mit Eurostat alle Indikatoren des Scoreboards mit bereits existierenden regionalen Daten vervollständigt.

Für beinahe die Hälfte der Indikatoren des Scoreboards haben wir brauchbare Daten für die regionale Ebene gefunden.

Dabei haben wir festgestellt, dass insbesondere beim Indikator Armutsrisiko akkurate regionale Daten absolut wichtig sind, da die regionalen Unterschiede hier besonders stark sind, wie beispielsweise in Italien zwischen der Region Südtirol/Bozen und Sizilien.



**European Committee  
of the Regions**

Wir haben auch einen sogenannten "output indicator" vorgeschlagen, der die verfügbaren Indikatoren kombiniert und so feststellt, welche Regionen insgesamt in Europa auf einem guten Weg sind, welche eher stagnieren und in welchen die Situation sich vielleicht sogar verschlechtert.

Dabei haben wir festgestellt, dass die Mehrheit der Regionen eine verbesserte Situation hat, aber zwischen den Mitgliedsstaaten sehr starke Unterschiede herrschen.

In nur 5 Regionen verschlechterte sich die Situation.

Wir hoffen, dass unser Vorschlag, das Sozialpolitische Scoreboard mit dem Regionalen Sozialpolitischen Scoreboard zu vervollständigen, von den anderen Institutionen angenommen und weiterverfolgt wird, damit das Europäische Semester auf genaueren Daten basiert und die soziale Realität in unseren Regionen besser berücksichtigt wird.

[Schlussfolgerung: Schulterschluss]

Zum Schluss möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, der mir persönlich wichtig ist und der meiner Meinung nach zu oft vergessen wird: die Bedeutung der Sozialwirtschaft.

Der Grundsatz, dass Gewinne für Menschen gemacht werden, und nicht für Investoren oder Eigentümer, ist die Logik der Sozialökonomie. Hauptziel ist, soziale, gesellschaftliche oder ökologische Fortschritte für das Gemeinwohl zu erzielen.

Daher ist dies meiner Meinung nach ein Bereich, der für das soziale Europa unabdingbar ist.

Es handelt sich damit um eine Politik der Zukunft, die auch auf europäischer Ebene immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Schon heute arbeiten mehr als 11 Millionen Menschen - etwa 6% der EU-Beschäftigten – für sozialwirtschaftliche Unternehmen und etwa 10% aller Unternehmen in der EU gehören zu diesem Bereich.

Dies sollte von europäischer Seite mehr Unterstützung erfahren.

Um nun aber wirklich ein Schlusswort zu finden, möchte ich Ihnen sagen, dass wir den Mut haben müssen, die Vision zu verwirklichen, die die Gründerväter für die Union hatten.

Ich hoffe, ich habe Ihnen zeigen können, dass wir ein Europa brauchen, das nicht nur wirtschaftlichen Wohlstand bringt, sondern sich auch voll und ganz den Zielen von Gerechtigkeit und sozialem Fortschritt verschreibt.

Nur so können wir den Nationalismus zurückdrängen und ein friedliches, solidarisches Europa schaffen, das von einem starken wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt geprägt ist.



**European Committee  
of the Regions**

Wir sollten uns jetzt mit vereinten Kräften für die sozialen Themen in der neuen Legislaturperiode und im nächsten Finanzrahmen einsetzen, damit die gemeinnützigen Träger weiterhin gemeinsam mit den Regionen für den Zusammenhalt in Europa arbeiten können.

In dieser für die zukünftige EU so entscheidenden Zeit, ist es wichtig, den Schulterschluss zu suchen und ich danke Ihnen daher nochmals für Ihre heutige Einladung.

\_\_\_\_\_

CHECK AGAINST DELIVERY